

Rede zum Haushalt 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Balverinnen und Balver.

Hier im Ratssaal ist seit gut einem halben Jahr ein neu gewählter Stadtrat zusammengetreten. Einige kennen mich nicht und haben auch noch nie eine Rede von mir gehört. Es ist die 22. Rede als Fraktionsvorsitzender der UWG also „business as usual“ könnte man meinen. Weit gefehlt! Selten habe ich eine Rede mit soviel Ärger im Bauch geschrieben wie diese. Das hat vor allem mit der politischen Großwetterlage zu tun. Allerdings nicht, wie man vermuten könnte, mit den zwei laufenden Kriegen, die derzeit die Welt beschäftigen, sondern vor allem mit der Problemlösungsunfähigkeit unserer derzeitigen Bundesregierung. Seit 10 Monaten haben wir eine schwarz-rote Koalition mit einem aus dem Sauerland stammenden Bundeskanzler. Herr Merz wird ja nicht müde, permanent das Sauerland zu erwähnen, allerdings scheint ihm nicht in den Sinn zu kommen, dass er dieser Region dadurch immensen Schaden zufügt.

War sein Start schon mit der missratenen Wahl zum Kanzler sehr holprig, so stolpert er zusammen mit seinem Generalsekretär von einem Fettnäpfchen zum anderen. Wer erinnert sich nicht an die hohlen Phrasen von den ersten hundert Tagen, wo jedermann spüren wird, dass sich das Land positiv verändern wird. Ich warte heute noch darauf. Oder vom Herbst der Reformen. Welche waren das nochmal? Oder wie Herr

Linnemann seit gut 10 Monaten immer sagt: Wir müssen endlich mal ins Machen kommen!

Wie viele Taurus-Raketen hat die Ukraine eigentlich nach den versprochenen Lieferungen von Herrn Merz eigentlich schon verschossen? Oder was macht eigentlich unsere Schuldenbremse?

Man sondert jeden Tag kubikmeterweise heiße Luft ab und hält uns Bürger für dümmer als 10 Meter Feldweg.

Unsere Gasspeicher sind leer und die Preise an der Tankstelle sind die Höchsten in Europa. Was macht Frau Reiche und der Rest der Bundesregierung eigentlich beruflich?

Bei der SPD sieht es ja eigentlich noch schlimmer aus. Der sensible Lars traut sich nach einer Wahl schon gar nicht mehr vor die Mikrofone und von Carsten Schneider, dem SPD Bundesumweltminister kommt der überaus wichtige Ratschlag, E-Autos zu fahren, dann braucht man nicht für Benzin so viel Geld auszugeben.

In dem Zusammenhang eine kurze Frage:

Was machen Frau Hubig, Frau Hubertz, Frau Alabali-Radovan, Frau Kaiser und Frau Pawlik eigentlich?

Nie gehört die Namen? Dann geht es Ihnen wie mir und den meisten Deutschen. Es wird sie überraschen: Es sind alles SPD-Ministerinnen der jetzigen Bundesregierung. Offensichtlich alles Highperformer, so dass man bei Namensnennung sofort ein Bild der Person vor Augen hat.

Ehrlich gesagt wundert es mich überhaupt nicht, dass diese Bundesregierung so wenig für Deutschland tut. Keine Ideen, permanent mit sich selbst beschäftigt und dazu noch drittklassiges Personal. Dieser Regierung wird niemand hinterherweinen. Meiner Meinung nach kann es nur noch besser werden.

Aber eigentlich geht es ja hier und heute um den Balver Haushalt. Allerdings schwebt dieser ja nicht im luftleeren Raum, sondern ist massiv von der politischen Großwetterlage abhängig. Dabei ist es in der Regel so, dass die kommunalen Haushalte die Auswirkungen der bundesdeutschen Wirtschaft mit gut 2 Jahren Nachlauf zu spüren bekommen.

Deutschland befindet sich seit 2023 in einer wirtschaftlichen Rezession, wobei das BIP 2023 um 0,9% und 2024 um 0,5% geschrumpft ist. Dies ist eine der längsten Rezessionen der Nachkriegszeit mit Schrumpfung in zwei aufeinanderfolgenden Jahren.

Die Ursachen sind dabei die hohen Energiepreise, die schwache Auslandsnachfrage, der Fachkräftemangel und strukturelle Probleme wie Bürokratie und Regulierung, demografischer Wandel, fehlende digitale und physische Infrastruktur und hohe Steuerbelastung. Alles davon ist seit Jahren bekannt.

Dies alles wäre ja schon genug an Problemen, käme da nicht noch die deutsche Besonderheit hinzu, dass wir offensichtlich Politiker in Verantwortung haben, denen das vollkommen egal zu sein scheint. Oder nennen sie mir EINE Initiative, EIN Gesetzesvorhaben oder EIN konkretes Regierungsvorhaben, welches an den vorgenannten Problemen ansetzt.

Dafür lese ich aber umso mehr von Bürgergeld, Migration, Integration, Aufrüstung, Bildungsnotstand und maroder Infrastruktur und frage mich, ob man nicht weiß, dass ich mit dem Einen das Andere bezahle und das die Grundlage unseres Wohlstandes und unserer internationalen Großzügigkeit ganz alleine unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist.

Um es konkret zu machen: Ein Rückgang beim BIP von 0,9% bedeutet einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von ca. 40 Milliarden €. Wenn man allerdings bedenkt, dass das deutsche Wachstum in der Regel 1,5% pro Jahr betragen hat, so beträgt die Differenz zwischen Wachstum und Rezession schon 100 Milliarden € per Anno. Wobei dadurch dann in der Folge deutlich weniger Steuern eingenommen werden und zusätzlich die Löhne sinken. Es gibt weniger Jobs und die Unternehmen werden vorsichtiger und investieren weniger.

Ein Teufelskreis.

Die übergeordneten Probleme auf Bundesebene sind damit ausreichend benannt. Ich bin pessimistisch: Hilfe und Lösung erwarte ich von dieser Bundesregierung nicht!

Was also macht das Land NRW? Es hilft den Kommunen nicht etwa mit Kapital sondern verändert nur die bilanziellen Regeln!

Ich bin mir sicher: Unter normalen Haushaltsregeln wären bei 396 Städten und Gemeinden und 31 Kreisen in NRW wahrscheinlich bis auf 10 Kommunen alle in der Haushaltssicherung gelandet.

Wir in Balve schrammen dabei auch nur knapp an einem Nothaushalt vorbei. Bei einem Ertrag von rund 32,5 Millionen € haben wir Ausgaben von rund 38 Millionen €. Obwohl unsere Gewerbesteuer brummt wie nie, der Kämmerer plant mit ca. 10 Millionen €, fehlen uns in diesem Jahr gut 5,3 Millionen €.

Ich kann das Ergebnis hier schonmal vorwegnehmen: Diese Lücke ist alleine durch die Balver Politik durch keine Maßnahme der Welt zu schließen!

Die freiwilligen Leistungen von rund 450000,- € pro Jahr machen dabei noch nicht einmal 10% des jährlichen Defizits von 5,3 Millionen € aus. Selbst die Streichung aller freiwilligen Leistungen würde den Haushalt nicht im Ansatz retten. Die UWG und die CDU haben trotz der Unmöglichkeit, die beiden Enden zusammen zu bekommen, Vorschläge zur Kürzung der freiwilligen Leistungen beschlossen. Das macht man nicht gerne, zumal es mehr Symbolcharakter hat als das es tatsächlich das Problem der Unterfinanzierung löst.

Fraglich ist allerdings, wie glaubwürdig Parteien bei den Sparbemühungen sind, vor allem aber, ob sie nur bei anderen sparen oder vielleicht auch mal bei sich selbst.

Und da sind Balver SPD und CDU wenig glaub- und vertrauenswürdig, insbesondere wenn es um die eigenen Pfründe geht.

Dafür müssen wir ein halbes Jahr zurückschauen. Nach der für die Balver SPD so desaströs verlorenen Wahl, suchte Familie Schmidt für die Ausschüsse des Rates (USB und ESDS) einen zweiten Sitz für die SPD. Nach der d.Hondtschen Verteilung stand ihnen allerdings bei einer Ausschussgröße von 15 Mitgliedern nur ein Sitz zu. Was also machen? Wir als UWG hätten von unseren 5 Sitzen einen an die SPD abgetreten, was kostenneutral gewesen wäre und die Ausschussgröße bei 15 Personen belassen hätte.

Nicht so CDU und SPD. Die CDU wollte von ihren 9 Sitzen keinen abgeben also beschloss man gemeinsam mit der SPD, dass der Balver Steuerzahler die Zeche bezahlen solle. Bei einer Ausschussgröße von jetzt 17 Personen, kam jeweils ein Sitz für CDU und SPD zusätzlich dabei raus. Nebenbei, seit fast zwei Jahrzehnten haben

die beiden Ausschüsse immer 15 Mitglieder gehabt und ich habe zu keiner Zeit vernommen, dass dies zu knapp gewesen sei.

Zurück zum Gemauschel. Diesen zusätzlichen Platz bekam die SPD allerdings nicht von der CDU geschenkt, sondern man stimmte dabei von Seiten der SPD auch für die Vergabe des 2. stellvertretenden Bürgermeisters an die CDU, so dass alle Bürgermeisterposten nun von dieser besetzt werden.

Zu Recht wurde diese irrlichternde SPD, die seit 20 Jahren die Arbeit eingestellt hat, von den Balver Bürgern bei der Kommunalwahl abgestraft. Zusammen mit der CDU sorgt sie jetzt nur noch dafür, dass Oppositionsrechte eingeschränkt, und die Kosten für die Bürger hochgetrieben werden.

Im Ergebnis werden jetzt die nächsten fünf Jahre bei jeder Sitzung von USB und ES DS jeweils zwei Menschen mehr am Tisch sitzen, die eigentlich überflüssig sind und dabei dem Steuerzahler noch zusätzlich Sitzungsgeld kosten.

Soviele zum Sparen von SPD und CDU bei sich selber!

Wenden wir uns jetzt der Frage zu, wodurch entsteht eigentlich diese 5,3 Millionen € Lücke im Haushalt. Durch die sich hoffentlich weiter gut entwickelnde Gewerbesteuer nehmen wir planmäßig ungefähr die nächsten Jahre genauso viel ein wie bisher. Am Ertrag, also an den Einnahmen liegt es damit nicht.

Es liegt also am Aufwand, die Ausgaben galoppieren uns davon.

War das absehbar? Ja klar!

Glauben sie keinem, der hier und heute etwas anderes behauptet.

Wie ich eingangs erwähnt habe, folgen wir als Kommune dem Bundestrend immer in einem Abstand von rund zwei Jahren. Allerdings werden die Hausaufgaben bundespolitisch jetzt fast seit drei Jahren nicht mehr erledigt. Das ist der Bereich, den unsere Abgeordneten Frau Lugk und Herr Ziemiak zu verantworten haben.

Zusätzlich gibt es auf kommunaler Ebene ebenfalls Gründe, die für diesen Absturz verantwortlich sind, und dabei sind wir beim Märkischen Kreis. Letztes Jahr war ja bekanntlich ein Wahljahr, und somit wurden sehenden Auges alle finanziellen Probleme des Kreises ins Jahr 2026 geschoben. Man verzehrte die sogenannte Ausgleichsrücklage, das ist nichts anderes als ein buchhalterischer Trick, um damit für

2025 die Kreisumlage einigermaßen stabil zu halten. Das es für dieses Jahr dann doppelt und dreifach kommt, war also absehbar. Und da die Soziallasten vor allem vom Kreis getragen werden müssen, vor allem auch über die Landschaftsverbandsumlage, trifft der Bundestrend auch da den Märkischen Kreis hart.

Allerdings gibt es auch mindestens zweifelhafte Entscheidungen der Kreis-Politik, die erhebliche Kosten auch in Balve verursachen.

Da ist einmal das Kreiskrankenhaus, ein Klinikum der Maximalversorgung, also quasi Uni-Klinik Standard.

Seit letztem Jahr wissen wir, der Investitionsstau dort beträgt mehr als 150 Millionen €. Grund für die Politiker des Kreistages, selbstverständlich alles beim Alten zu belassen! Ist ja schließlich nicht ihr Geld.

Ich kann verstehen, dass die Aufsichtsratsmitglieder, die meisten sind Kreistagsmitglieder, subjektiv diese gut dotierten Pöstchen behalten wollen. Aber ist dies auch im Sinne der Bürger? Im HSK ist das vergleichbare Carolinenhospital in privater Trägerschaft. Was spricht dagegen, private Gesellschaften mit ins Märkische Kreisklinikum hineinzunehmen?

Oder ein anderes Beispiel, die Märkische Verkehrsgesellschaft, ebenfalls ein kreiseigenes Unternehmen. Natürlich auch mit netten Pöstchen der Kreispolitik.

Der MVG werden alleine dieses Jahr voraussichtlich rund 30 Millionen € fehlen, die hinzugeschossen werden müssen. Und das sieht für die nächsten Jahre auch nicht besser aus.

Der Hauptkostentreiber ist vor allem der Umstieg auf die E-Mobilität. E-Busse sind doppelt so teuer wie Dieselbusse, genauer gesagt 600.000 zu 300.000 €. Dazu kommt noch je E-Bus ein Ladepunkt für 50.000 €. Das sind dann alleine für die 160 MVG-Busse ein Invest von rund 60 Millionen €. Die Co-Geschäftsführerin brüstet sich, dass noch dieses Jahr die ersten 25 Busse kommen. Ich frage mich da: Müssen wir eigentlich überall die Ersten sein? Kann man das nicht etwas länger strecken?

Man könnte perspektivisch ja mal diese Probleme angehen, allerdings erkenne ich nirgendwo die politische Bereitschaft für Veränderungen. Und damit wird sich auch bei den Umlagen, die wir an den Kreis überweisen müssen, so schnell leider nichts ändern.

Ach ja, investieren tun wir natürlich auch in 2026. Es ist für viele nicht einfach zu verstehen, dass wir einerseits tiefrote Zahlen im sogenannten Verwaltungshaushalt schreiben, das sind die 5,3 Millionen € die ich schonmal erwähnt hatte, andererseits in 2026 13,2 Millionen € und 2027 10,1 Millionen € im Investitionsprogramm planen. Grob gesagt ist im Verwaltungshaushalt das Geld, welches im aktuellen Jahr verkonsumiert wird und im Investitionshaushalt die Mittel, die nach Herstellung der Gebäude und Anlagen dann langsam über Jahre abgeschrieben werden.

Über 23 Millionen in zwei Jahren ist viel Geld für unsere kleine Stadt, und ich bin gespannt, ob wir das auch verausgabt bekommen. Das liegt vor allem daran, dass wir im Bauamt zu wenig Personal haben, was uns bei Planung und Ausführung von Baumaßnahmen stark limitiert. Bei einem Blick auf unsere Gemeindestraßen weiß jeder, wovon ich spreche.

Und beim Blick auf die Summen muss ich gestehen, dass die Investitionen eigentlich schon viel früher hätten stattfinden müssen. Anlass zum Eigenlob oder gar zur Selbstbeweihräucherung besteht hier ausdrücklich nicht.

Nehmen wir zum Beispiel die Schwarz-Weiß-Trennung in Feuerwehrgerätehäusern. Diese ist in NRW seit 2019 vorgeschrieben. Wir haben jetzt 2026 und in Balve ist diese bisher nur in den Feuerwehrgerätehäusern Mellen und Sanssouci umgesetzt.

Und was ist mit unserer Flüchtlingsunterkunft in Garbeck? Eigentlich dürfte es die schon seit Jahren nicht mehr geben, so oft sollte diese schon abgerissen werden. Es leben heute immer noch Menschen dort drin!

Am Rand sei auch noch der Straßenausbau „Kesberg“ erwähnt. Als dieser zum ersten Mal diskutiert wurde, war gerade der Euro eingeführt worden. Hoffentlich klappt es wenigstens diesmal!

Von daher noch einmal mein Apell an den Bürgermeister: organisieren Sie Ihre Verwaltung so, dass sie auch im Baubereich leistungsfähiger wird, und dieses nicht auf Kosten der Mitarbeiter!

Damit ist aus unserer Sicht zum Haushalt 2026 alles Wesentliche gesagt. Allerdings müssen noch einige Dinge klargestellt und erwähnt werden, die entweder falsch dargestellt oder bislang gar nicht behandelt wurden.

Damit bin ich bei der Kommunalwahl 2025. Zu Beginn meiner Rede habe ich aufgezeigt, warum ich Friedrich Merz für einen der am wenigsten

vertrauenswürdigsten Politiker der Nachkriegszeit halte. Ich bin da übrigens nicht alleine. Seine Beliebtheitswerte sind rekordverdächtig gering; noch nie war ein Kanzler so unbeliebt wie er. Wer wie Merz, bis zum Tag der Wahl die Schuldenbremse wie eine Monstranz vor sich herträgt und unmittelbar nach der Bundestagswahl das größte Schuldenprogramm in der deutschen Geschichte mit 1 Billion € Schulden durchsetzt, wer versprochen hat die Stromsteuer für Verbraucher zu senken, wer den Taurus in die Ukraine liefern wollte, der muss sich nicht wundern, wenn er mit einer Holzpuppe mit langer Nase verglichen und dem kein Vertrauen geschenkt wird. Aber was hat das mit Balve zu tun?

Am 14. September 2025 war Kommunalwahl in NRW. Das war ein Sonntag. Bis dahin konnte man Patrick Jost und Dominik Schmale, beide CDU, als Direktkandidat wählen. Beide gewannen ihren Wahlbezirk auch direkt. Dann am Montag, den 15. September, unmittelbar einen Tag nach der Wahl, der Rücktritt von Herrn Jost und dann wiederum einen Tag später, am Dienstag, der Rücktritt von Herrn Schmale. Die lapidare Erklärung der CDU: das waren persönliche Gründe.

Wer bis zum Tag der Wahl zwei Personen aufstellt, die dann unmittelbar nach der Wahl abdanken, will entweder etwas verheimlichen oder er verschaukelt die Wähler. Die Aufstellung von Kandidaten ist ein Versprechen, dass diese dann für die nächsten fünf Jahre auch ihre Wähler vertreten.

Aber bei der hiesigen CDU gilt offensichtlich wie beim Kanzler: versprochen heißt gebrochen!

Ich hätte da übrigens noch ein weiteres belegbares Beispiel für unwahre Behauptungen und vor allem für ganz schlechten persönlichen Stil, namentlich von Herrn Alexander Schulte und Herrn Dennis Böhm.

Ich adressiere das bewusst auch ganz persönlich an die beiden Personen, denn ich wurde zuerst persönlich genannt und angegriffen. Insbesondere Herr Böhm scheint ja der kommende Mann fürs Grobe bei der CDU zu werden.

Worum geht's? Am 5. November 2025 veröffentlicht die CDU-Fraktion ein Video und eine schriftliche Erklärung zu den Vorwürfen rund um die Entlassung des ehemaligen

Leiters der Balver Feuerwehr. Beides ist übrigens auch heute noch veröffentlicht und abrufbar.

Die CDU-Fraktion schreibt dazu (Auszug):

„Insbesondere wurde von Seiten der UWG-Fraktion, vertreten durch ihren Vorsitzenden Lorenz Schnadt, in der letzten Ratssitzung behauptet, die Bezirksregierung Arnsberg habe der Stadt Balve bereits Anfang Februar ein Schreiben übermittelt, in dem die desolante Erfüllungsquote bei Brandverhütungsschauen kritisiert worden sei.

Diese Behauptung ist nachweislich falsch.

Es hat ein solches Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg an die Stadt Balve nicht gegeben. Eine entsprechende Aktenprüfung innerhalb der Verwaltung hat dies eindeutig bestätigt. (...) Zugleich weisen wir entschieden zurück, dass durch falsche Behauptungen und unbelegte Unterstellungen das Vertrauen (...) von Verwaltung und Rat beschädigt wird.“ Zitat Ende.

Neues Zitat, aus dem Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg an mich. Die Bezirksregierung schreibt:

„Im Fachdienst 382 (Anmerkung: des Märkischen Kreises - Brand- und Bevölkerungsschutz) ist zum Jahresbeginn 2025 – im Zuge der Erstellung einer Mängelliste zum Entwurf des Brandschutzbedarfsplanes – die geringe Erfüllungsquote der in der in der Stadt Balve in den vergangenen sechs Jahren durchgeführten Brandverhütungsschauen aufgefallen.

Hier wurde die Stadt Balve bereits Anfang Februar d.J. zur Nachbesserung aufgefordert.“ Zitat Ende.

Kleiner rechtlicher Hinweis von mir: Meinungen sind durch Art. 5 GG geschützt, Tatsachenbehauptungen dagegen müssen der Wahrheit entsprechen, ansonsten hat man einen Gegendarstellungsanspruch eventuell sogar zusätzlich einen Schadensersatzanspruch wegen Rufschädigung!

Ich stelle fest: Bezirksregierung Arnsberg und Märkischer Kreis erklären, es hat eine (schriftliche) Information an die Stadt Balve gegeben. CDU-Fraktion und Bürgermeister behaupten öffentlich, dies ist falsch.

Ich stelle weiter fest: Mindestens einer lügt, ich bin es nicht!

Dabei steht jetzt schon fest: diesen Sachverhalt werden wir restlos aufklären! Damit auch eins klar ist: sollte jemand dreist gelogen haben, dann wird das juristische wie persönliche Konsequenzen haben!

Gestatten sie mir nur noch ein paar kurze Bemerkungen zum Skandal um die ehemalige Balver Feuerwehrleitung.

Mittlerweile liegen mir umfangreiche neue Erkenntnisse zu dem Sachverhalt vor, die hier in Kürze nicht vorgetragen werden können.

Dies betrifft belegbare neue, zusätzliche Vorwürfe und vor allem auch weitere Personen, die in den Fokus dieses Skandals geraten sind.

Ich bin mir aber sicher, dass die Erforschung und Aufarbeitung dieses Skandals uns geraume Zeit, wahrscheinlich einige Jahre beschäftigen wird. Und wir werden nicht locker lassen, bis die Verantwortlichen benannt, die Defizite aufgeklärt und Konsequenzen gezogen und umgesetzt sind.

Und einigen Personen hier im Raum gebe ich den netten Hinweis, sich besser an der Aufklärung zu beteiligen, als Nebelkerzen zu werfen und sich vor Leute zu stellen, die absehbar der Stadt erheblich geschadet haben!

Zum Ende meiner Rede möchte ich mich an dieser Stelle für die konstruktive Zusammenarbeit im Rat und den Ausschüssen bedanken. Verbunden mit der Hoffnung, weiterhin kollegial, vertrauensvoll und sachgerecht zusammen zu arbeiten. Zu guter Letzt geht mein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit. Wir sagen Danke für die gute Beratung, Vorbereitung und Umsetzung der Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse.

Lorenz Schnadt

UWG-Fraktion Balve